



Ivonne Rammoser
Stellv. Vorsitzende
Deutscher Pflegeverband e. V.

Editorial

Ungerechtigkeit im Pflegesystem

Die jüngste Entscheidung des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen (Az. L 20 SO 362/22) wirft ein grelles Licht auf eine gravierende Ungerechtigkeit im deutschen Pflegesystem. Ambulante Pflegedienste, die tagtäglich unverzichtbare Pflegeleistungen erbringen, stehen im Falle des Todes eines Pflegebedürftigen ohne finanzielle Absicherung da, wenn keine vorherige Kostenzusage des Sozialhilfeträgers vorliegt. Diese Benachteiligung im Vergleich zu stationären Einrichtungen ist nicht nur ungerecht, sondern auch untragbar.

Pflegefachpersonen leisten eine wertvolle Arbeit, die angemessen honoriert werden muss. Es ist inakzeptabel, dass ambulante Dienste auf Erben oder Gerichte angewiesen sind, um ihre offenen Rechnungen zu begleichen. Die bürokratischen Hürden und defizitären Strukturen der Sozialhilfeträger dürfen nicht zulasten der Pflegebedürftigen und der Pflegedienste gehen.

Der Deutsche Pflegerat fordert daher zu Recht eine sofortige Schließung dieser Gerechtigkeitslücke (siehe auch Seite 2). Die neue Bundesregierung und die Länder sind gefordert, hier zu handeln und die gesetzlichen Grundlagen anzupassen, um eine faire und zeitnahe Vergütung sicherzustellen. Dieses Beispiel verdeutlicht einmal mehr, dass unser aktuelles Gesundheitssystem nicht gerecht ist und dringend reformiert werden muss.

Es ist an der Zeit, dass wir gemeinsam für die Rechte und die Anerkennung der ambulanten Pflegedienste eintreten. Pflegefachpersonen im ambulanten Pflegedienst verdienen unsere volle Unterstützung und Wertschätzung – und vor allem eine gerechte Bezahlung für ihre unverzichtbare Arbeit. Lassen Sie uns gemeinsam für eine gerechtere Zukunft im Pflegebereich kämpfen.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre

Ivonne Rammoser
Stellv. Vorsitzende
Deutscher Pflegeverband e. V.



Seien Sie dabei!

Kennen Sie unser bundesweites Veranstaltungsangebot? Fort- und Weiterbildungen sind für alle Interessierten offen. Mitglieder des Deutschen Pflegeverbandes erhalten 35 Prozent Ermäßigung und können kostenlos an Arbeitsgruppen und Pflegetreffs teilnehmen. Informieren Sie sich auch über In-House-Schulungen bei unserer Geschäftsstelle!

dpv-online.de

Inhalt

- 1 • Editorial
- 2 • **Pflegerische Versorgung in Koalitionsvertrag aufnehmen**
 - Rechtssystem benachteiligt ambulante Pflegedienste
- 3 • **Bessere Gesundheitsversorgung statt Ausgrenzung**
 - Ein Standpunkt von Dr. Markus Mai
- 4 • **Bayerischer Landespflegerat sieht dringenden Handlungsbedarf**
- 5 • **Pflege als eigenständiger Heilberuf**
- 6 • **Erste Weiterbildungsstätten in NRW nach neuer Ordnung zugelassen**
 - Anti-Gewaltprojekte in der Pflege gesucht
 - Digitalisierung: 140 Millionen Euro für Forschungsprojekt
- 7 • **Erfolgreiche Fortbildung Wundmanagement in der Palliativmedizin**
 - Aus den Bundesländern / Jubilare
- 8 • **Impressum**

Der Deutsche Pflegerat zur Bundestagswahl 2025

Pflegerische Versorgung in Koalitionsvertrag aufnehmen

Die Sicherung der pflegerischen Versorgung muss sich zentral im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung wiederfinden. Das erklärt Christine Vogler, Präsidentin des Deutschen Pflegerates (DPR), zum Ergebnis der Bundestagswahl und den daraus folgenden Entscheidungen für die Pflege und Gesundheit.

„Nach der Bundestagswahl tragen die Parteien eine große Verantwortung. Wir brauchen schnell eine handlungsfähige Regierung, in der die Sicherung der pflegerischen und gesundheitlichen Versorgung einen Schwerpunkt bildet. Das muss sich zentral im Koalitionsvertrag wiederfinden. Professionelle Pflege gehört zum Fundament eines funktionierenden Gesundheitssystems und ist entscheidend für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie den Erhalt unserer Demokratie“, so Christine Vogler.

Die Krankenhaus- und Pflegeversicherungsreform, die Fachkräftesicherung und die inhaltliche und strukturelle Stärkung der Pflegeprofession müssten oberste Priorität haben. Die Politik müsse mutige Entscheidungen treffen, um die Versorgung der hilfebedürftigen Menschen erkennbar sicherzustellen. Es brauche laut Vogler eine entschlossene Gesundheitsministerin oder einen entschlossenen Gesundheitsminister, die oder der den Reformkurs konsequent verfolgt.

Forderungen für starke Pflege

In den Koalitionsvertrag aufgenommen werden muss:

1. Pflegekompetenzgesetz: Mehr Autonomie und selbstständige Berufsausübung für die Pflegeprofession
2. Einheitliche Bildungsstandards: Sicherstellung hochqualifizierter Stan-

- dards im gesamten Bundesgebiet
3. Gesetzliche Personalbemessung: Bedarfsgerechte und refinanzierte Personalschlüssel verankern
4. Public Health stärken: Präventive und gemeindenahere Versorgungsmodelle fördern
5. Neue Berufsbilder etablieren: Community Health Nurses und Advanced Practice Nurses einführen
6. Attraktive Arbeitsbedingungen schaffen: Qualifikationsmix fördern, Handlungskompetenzen erweitern, Bürokratie abbauen, die Pflegeprofession entlasten und wertschätzen
7. Selbstverwaltung stärken: Pflege vollumfänglich in die Selbstverwaltung des Gesundheitswesens aufnehmen, ihre Vertretung auf Bundesebene mit dem Deutschen Pflegerat und den bestehenden Landespflegekammern eindeutig regeln und mit den notwendigen Ressourcen ausstatten
8. Digitalisierung ganzheitlich umsetzen: Flächendeckende digitale Infrastruktur und funktionierende Schnittstellen schaffen, Finanzierung sicherstellen
9. Grundrecht auf Pflege verankern: Gute pflegerische Versorgung und gute Rahmenbedingungen für Pfleger*innen als Verfassungsrecht festlegen. Die neue Bundesregierung hat jetzt die Chance, einen echten Neuanfang zu gestalten. „Die Menschen in der Pflege

und die pflegenden An- und Zugehörigen erwarten entschlossenes und nachhaltiges Handeln, bei dem sie mitgenommen werden. Wer die Pflege stärkt, stärkt den sozialen Zusammenhalt und damit unser Land“, betont Vogler.

Zeit zu handeln

Die professionelle Pflege benötigt auch auf der Bundesebene eine dauerhafte, starke Interessenvertretung. Der DPR fordert die Fortsetzung der Finanzierung seiner Arbeit, um weiterhin als verlässlicher Partner der Politik agieren zu können. „Nur wenn der DPR finanziell gesichert ist, kann die Stimme der 1,7 Millionen professionell Pflegenden gehört werden“, betont Vogler. Die bestehenden Landesvertretungen der Pflege einzubinden ist dabei selbstverständlich. „Jetzt ist die Zeit zu handeln. Die Sicherung der Pflege und Gesundheit sind nicht verhandelbar – sie sind das Fundament unserer Gesellschaft und unserer Demokratie“, so Vogler abschließend. Die Koalitionsverhandlungen müssten zeigen, dass die Parteien sich dieser Verantwortung bewusst sind und Pflege und Gesundheit umfassend in den Koalitionsvertrag aufnehmen.

deutscher-pflegerat.de

Rechtssystem benachteiligt ambulante Pflegedienste

(Berlin) Das Urteil des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen (Az. L 20 SO 362/22) zeigt die Benachteiligung ambulanter Pflegedienste. Während stationäre Einrichtungen Pflegeleistungen abrechnen können, bleiben ambu-

lante Dienste auf ihren Kosten sitzen. Der Deutsche Pflegerat (DPR) fordert eine sofortige Schließung dieser Gerechtigkeitslücke.

Das Gericht entschied, dass ein ambulanter Pflegedienst keinen Anspruch

auf die Sozialhilfeleistungen der Hilfe zur Pflege hat, wenn der Pflegebedürftige vor der Kostenzusage des Sozialhilfeträgers verstirbt. Die gesetzliche Grundlage schließt ambulante Dienste explizit aus, so die Richter*innen. Pfl-

gedienste erbringen essenzielle Versorgung, bleiben aber in diesem Fall bei Tod eines Pflegebedürftigen ohne finanzielle Absicherung.

„Das Urteil zeigt, dass unser Rechtssystem die Leistungen ambulanter Pflegedienste im Falle der Sozialhilfebedürftigkeit nicht anerkennt, wenn zuvor vom Sozialhilfeträger keine Kostenzusage erteilt wurde“, erklärt DPR-Präsidentin Christine Vogler. „Stationäre Einrichtungen können jedoch in diesen Fällen abrechnen, ambulante Dienste nicht – trotz geleisteter Arbeit.“

Ambulante Dienste erbringen somit oft Leistungen ohne Garantie auf Vergütung. „Würden sie die Pflege verweigern, weil die Kostenzusage nicht vorliegt, stünden hunderte Pflegebedürfti-

ge und Patienten in Deutschland ohne Versorgung da“, warnt Vogler. „Es ist untragbar, dass ambulante Dienste auf Erben oder Gerichte angewiesen sind, um offene Rechnungen zu begleichen. Es ist zudem nicht nachvollziehbar, dass häufig bemängelte defizitäre personelle und digitale Strukturen der Sozialhilfeträger zulasten der hilfebedürftigen Menschen und der Pflegedienste gehen.“

Sofortige rechtliche Klarstellung

Der Deutsche Pflegerat fordert, dass die Bundesregierung und die Länder diese Schwachstelle im Gesetz umgehend schließen. Weiter müssen die Verwaltungsprozesse der Sozialhilfeträger von der Antragstellung auf Leistungen der

Hilfe zur Pflege bis hin zur Kostenzusage entbürokratisiert und deutlich beschleunigt werden, einschließlich der Digitalisierung im gesamten Sozial- und Gesundheitsbereich. „Sozialhilfeträger dürfen generell weder stationäre Pflegeeinrichtungen noch ambulante Pflegedienste in eine finanzielle Zwangslage bringen, weil sie es nicht schaffen, zeitnah die erforderlichen Kostenzusagen auszustellen“, so Vogler. „Pflegekräfte müssen für ihre Arbeit bezahlt werden. Dafür muss das Geld für die erbrachten Leistungen eingehen. Alles andere ist ein fatales Signal für alle Beteiligten.“

deutscher-pflegerat.de

Bessere Gesundheitsversorgung statt Ausgrenzung

(Berlin/München) Für einen verbesserten Zugang zu Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Deutschland und gegen die Ausgrenzung von Migrant*innen und sozial benachteiligten Gruppen – dazu ruft Ärzte der Welt gemeinsam mit 136 Verbänden, Gewerkschaften und Organisationen auf. Unter anderem haben die Sozialverbände Vdk und SoVD, der Deutsche Gewerkschaftsbund sowie die Wohlfahrtsverbände Diakonie, AWO und der Paritätische Gesamtverband den Appell „Gesundheit unteilbar – Gemeinsam ge-

gen Ausgrenzung und für ein gerechtes Gesundheitssystem“ unterzeichnet.

Die Organisationen zeigen sich besorgt über populistische und menschenverachtende Aussagen bis weit in die politische Mitte hinein. Die berechnete Unzufriedenheit mit dem Gesundheitssystem werde ausgenutzt, um gegen Migrant*innen, Geflüchtete und andere Gruppen zu hetzen. Anstatt strukturelle Probleme in der Gesundheitsversorgung anzugehen, würden so Gruppen gegeneinander ausgespielt. Eine Politik, die Grenzen schließen, Mi-

gration verhindern und Sozialleistungen für ohnehin benachteiligte Personen streichen wolle, so der Appell, trüge nicht zu Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung bei, sondern würde diese für große Teile der Bevölkerung weiter verschlechtern. Sollten rechtsextreme Kräfte weiter erstarben, sei damit zu rechnen, dass dringende benötigte medizinische Fachkräfte mit Migrationsgeschichte Deutschland verlassen bzw. in Zukunft meiden werden.

aerztederwelt.org/unteilbar

Ein Standpunkt von Dr. Markus Mai

Nach der Wahl ist vor der Wahl – und vor der Wahl ist nach der Wahl. In dieser Denklogik bewegt sich die politische Perspektive im Rhythmus der Legislaturperioden. Migration, Wirtschaft und Verteidigung dominieren die Debatten, insbesondere, weil das erste Thema die gesellschaftlichen Emotionen anheizt.

Die Sicherstellung einer guten Pflegeversorgung hingegen bleibt meist ein Feigenblatt, das zeitweise wie eine Monstranz vor sich hergetragen wird.

Trotz der absehbaren Folgen des demografischen Wandels fristet dieses essenzielle Thema eine unerträgliche Nebenrolle.

Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass sich das ändert! Jede und jeder von uns hat vor Ort gewählte Abgeordnete, die überzeugt werden müssen: Eine humane und professionelle Pflegeversorgung ist nur durch eine nachhaltige Pflege- und Gesundheitspolitik erreichbar. Lasst uns gemeinsam gestalten, statt gestaltet zu werden!



© DPV e.V.

Dr. Markus Mai, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Pflegeverbands e.V.

Gespräch mit Ministerin Judith Gerlach

Bayerischer Landespflegerat sieht dringenden Handlungsbedarf

Der Bayerische Landespflegerat (BLPR) fordert die schnelle Umsetzung von Reformen. Das wurde bei der 101. BLPR-Mitgliederversammlung im Gespräch der Vertreter*innen des Rates mit der Bayerischen Staatsministerin für Gesundheit, Pflege und Prävention, Judith Gerlach, und Ministerialrätin Sonja Stopp deutlich.

Die Ministerin nahm sich Zeit, um die Anliegen des BLPR sowie seiner Mitgliedsverbände anzuhören und zu diskutieren. In einer Atmosphäre des konstruktiven Dialogs wurde die Bedeutung der Expertise der Berufsverbände und des BLPR bei der Gestaltung von Gesetzentwürfen betont, um eine qualitätsvolle Pflegepolitik sicherzustellen.

Ein zentrales Thema des Gesprächs war die Notwendigkeit, das Pflegefachassistenzgesetz (PflAssG) und das Pflegekompetenzgesetz (PKG) zügig zu verabschieden. Der BLPR betonte die hohe Relevanz der Gesetze für die Zukunftsfähigkeit der Pflegeberufe in Bayern und appellierte an die schnelle Umsetzung. Ministerin Gerlach erklärte, dass beide Gesetze bereits über Parteigrenzen hinweg abgestimmt und mit den Ländern konsentiert worden seien. Die politische Unterstützung für diese wichtigen Reformen sei groß und über-

parteilich. Der BLPR fordert, dass diese Vorhaben mit höchster Priorität weiterverfolgt werden. Nach der Verabschiedung des Pflegekompetenzgesetzes müsse jedoch gleich zügig an den nächsten Schritten gearbeitet werden, insbesondere in Bezug auf die Substitution, um eine rechtssichere und bedarfsgerechte Umsetzung zu gewährleisten.

Qualifikation und Ausbildung

Im Anschluss an diese Forderung richteten die Vertreter*innen des BLPR die Aufmerksamkeit auf ein weiteres fundamentales Thema: die Qualifikation und Ausbildung im Pflegebereich. Einigkeit herrschte darüber, dass die Anforderungen an die Pflegeausbildung nicht gesenkt werden dürfen. „Es ist entscheidend, dass die berufliche Aus-, Fort- und Hochschulbildung auf einem hohen Niveau bleibt und mit allgemein-

bildenden Einstiegsqualifikationen beginnt, um die Pflegeberufe nicht zu entwerten“, erklärte BLPR-Vorsitzende Claudia Hauck. „Der BLPR fordert daher, die Qualität der Ausbildung und Qualifikation durch kontinuierliche Weiterentwicklungen und eine enge Verzahnung mit den Berufsanforderungen zu sichern“, so Hauck weiter, die hauptamtlich den Caritas-Gemeinschaft Bayern e.V. leitet.

Bessere Integration

Ein weiterer wesentlicher Punkt, der zur Sprache kam, war die Integration von ausländischen Pflegekräften in das bayerische Pflegesystem. Der BLPR machte deutlich, dass hier eine strukturierte und umfassende Unterstützung notwendig sei, um diese Fachkräfte erfolgreich in die Praxis zu integrieren. Ministerin Gerlach zeigte sich in diesem Bereich sehr aufgeschlossen und kündigte an, dass sie sich weiterhin für eine verbesserte Unterstützung ausländischer Pflegekräfte einsetzen werde.

Neben diesen Themen wurde auch die kürzlich erfolgte gesetzliche Änderung im Sozialgesetzbuch (SGB) V, § 107 Abs. 1, hervorgehoben, die nun eine ständige pflegerische Leitung in Krankenhäusern gleichberechtigt neben der medizinischen Leitung vorschreibt. Diese Änderung wurde von den Anwesenden als positives Signal an die Berufsgruppe bewertet, die dazu beiträgt, die Pflegequalität in den Kliniken weiter zu verbessern und eine klare, pflegerische Führung zu etablieren.

Pflege mitdenken

Schließlich ging es auch um die Krankenhausreform, bei der Ministerin Gerlach klaren Handlungsbedarf feststellte. „Die nächste Bundesregierung muss dringend dafür sorgen, dass die Kran-



v.l. Alfred Stockinger (VPU), Claudia Marx (BeKD), Prof. Elisabeth Linseisen (KPV), Lena Heyelmann (BFLK), Generaloberin Caroline Vogt (VdS BRK), Dr. Sabine Berninger (stellv. Vorsitzende, DBfK), Claudia Hauck (Vorsitzende, C-G), Ivonne Rammoser (DPV), Michael Mayer (DFPP), Staatsministerin Judith Gerlach, Dirk Niedoba (BLGS), Prof. Dr. Constanze Giese (Gast, Dekanekonferenz Pflegewissenschaft), Andrea Schöngruber (Assistentin der Leiterin C-G)

kenhausreform nachgebessert wird. Wir brauchen eine Korrekturmöglichkeit auf Landesebene, um flexibler auf die Anforderungen der Leistungsgruppen und überzogene Personalanforderungen reagieren zu können“, erklärte die Ministerin. Der BLPR begrüßt diese Aussage und fordert in diesem Zusammenhang, dass bei der Krankenhaus-

strukturreform auch die anderen Versorgungssettings – wie Pflegeeinrichtungen und ambulante Dienste – mitgedacht werden, um eine ganzheitliche Lösung zu erreichen.

Der BLPR bedankt sich bei Staatsministerin Gerlach für den offenen und wertschätzenden Dialog und betont, dass die beschleunigte Umsetzung der

erforderlichen Reformen von entscheidender Bedeutung ist, um die Pflegeberufe in Bayern nachhaltig zu stärken und die Versorgungsqualität für die Bevölkerung zu sichern.

bayerischer-landespflegerat.de

Beratungen zum Pflegekompetenzgesetz

Pflege als eigenständiger Heilberuf

Christine Vogler, Präsidentin des Deutschen Pflegerats (DPR), hat sich zur Beratung und Stellungnahme des Bundesrats zum Gesetzentwurf der Bundesregierung geäußert, der die Pflegekompetenz stärken soll. Die selbstständige Heilkundeausübung müsse im Mittelpunkt stehen.

„Das Pflegekompetenzgesetz ist ein historischer Schritt, um den Pflegeberuf als Heilberuf zu etablieren“, so Vogler. Doch der Entwurf greife zu kurz. Eine umfassende Stärkung der Pflege gelinge nur, wenn Pflegefachpersonen selbstständig und eigenverantwortlich in einem deutlich erweiterten heilkundlichen Kompetenzbereich in allen pflegerischen Settings handeln können.

Bundeseinheitliche Regelungen

Der Deutsche Pflegerat fordert, dass Pflegefachpersonen als autonome und gleichberechtigte Profession und Partner im Gesundheitssystem anerkannt werden. Dies müsse im künftigen Gesetzgebungsverfahren der neuen Bundesregierung verankert werden. Der DPR betont die Bedeutung einer bundesweit einheitlichen Pflegebildungsarchitektur. Die derzeit uneinheitlichen Regelungen auf Landesebene behindern die Entwicklung der Pflegeberufe und stehen deren Attraktivität entgegen. „Wir brauchen eine bundesweit durchlässige und einheitliche Pflegebildungsstruktur, wie sie das Bildungskonzept BAPID des Deutschen Pflegerats momentan entwickelt. Dies bietet der Pflegeprofession eine klare Perspektive und ist für eine zukunftsfähige Pflege unerlässlich“, erklärt Vogler.

Darüber hinaus müssen Kompetenzen wie die Regelung der Berufsaus-

übung und der Weiterbildungsstrukturen sowie zur Hochschulstruktur auf Bundesebene gebündelt werden, um eine einheitliche Pflegequalität sicherzustellen.

Pflegekammern fördern

Der DPR unterstützt die Pläne, maßgebliche Organisationen der Pflege auf Bundesebene stärker in Aufgabenbereiche des SGB V und SGB XI einzubinden. Der Rat übernimmt als etablierte Institution auf Bundesebene derzeit diese Aufgabe. Im DPR sind 21 maßgebliche Berufsverbände aus der Pflege, dem Hebammenwesen und der Pflegewissenschaft vertreten, die in ihren Strukturen auch die Länder umfassen. Seit Ende 2024 können durch eine Satzungsänderung des Deutschen Pflegerats öffentlich-rechtliche Institutionen wie Pflegekammern Mitglied des Rats werden. Damit wäre die direkte berufsständische Vertretung der Länderkammern auch auf Bundesebene möglich.

Der Deutsche Pflegerat ruft die Bundesländer dazu auf, sich aktiv dafür einzusetzen, dass Pflegekammern oder vergleichbare institutionalisierte Vertretungen in ihren Ländern gegründet werden können. „Nur durch starke Landesvertretungen können wir eine starke Bundespflegekammer schaffen, die die Interessen der Pflegeberufe nachhaltig auf Bundesebene vertritt“, so Vogler.

Solange dies nicht in mindestens 50% der Länder bundesweit gleichmäßig verteilt umgesetzt ist, spricht sich der DPR dafür aus, die Vertretung der Pflegeberufe auf Bundesebene beim Deutschen Pflegerat zu belassen und diesen finanziell langfristig abzusichern.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die zügige Einführung eines bundeseinheitlichen Pflegefachassistenzgesetzes. „Die Pflegefachassistenz ist ein wichtiger Baustein für die Kompetenzverteilung innerhalb der Pflege. Sie sichert die Qualität der Versorgung und entlastet die Pflegefachpersonen“, erklärt Vogler. Der DPR unterstützt daher die Forderung des Bundesrats nach einer schnellen Verabschiedung dieses Gesetzes.

Pflege braucht klare Perspektiven

Der DPR appelliert an die künftige Bundesregierung und die Länder, die Stärkung der Pflegeberufe voranzutreiben. Eine klare gesetzliche Grundlage, die Pflege umfassend, selbstständig und eigenverantwortlich als Heilberuf definiert, sowie bundeseinheitliche Regelungen in der Bildung und die organisatorische und finanzielle Stärkung pflegerischer Selbstverwaltung auf Bundesebene sind essenziell, um die Versorgungssituation zu verbessern und Pflege zukunftsfähig zu gestalten.

deutscher-pflegerat.de

Erste Weiterbildungsstätten in NRW nach neuer Ordnung zugelassen

(Düsseldorf) Die Pflegekammer Nordrhein-Westfalen hat die ersten beiden Weiterbildungsstätten nach der neuen Weiterbildungsordnung (WBVO) zuge-



Mitglieder des Bildungsausschusses mit den Vertretungen der Weiterbildungsstätten; v.l.n.r.: Simone Kügler, Dr. Monika Engelke, Martina Bauer, Dr. Daniela Schlosser, Irena Vucak, Florian Müller-Drebing, Annett Bormann, Dr. Marvin Stelmach-Jung, Regina Assel-Burmeister, Kristina Engelen, Dominik Zergiebel

lassen: das Kirchliche Bildungszentrum für Gesundheitsberufe im Revier – KBG GmbH in Gelsenkirchen sowie das Berufsgenossenschaftliche Universitätsklinikum Bergmannsheil GmbH in Bochum.

„Die ersten Zulassungen zeigen eindrucksvoll, dass wir nicht nur einen theoretischen Standard geschaffen haben, sondern diesen nun aktiv mit Leben füllen. Pflegefachpersonen erhalten damit ein transparentes und durchlässiges System zur gezielten Erweiterung ihrer Kompetenzen. Wir wünschen den Teilnehmenden viel Erfolg“, so Martina Bauer, Vorsitzende des Bildungsausschusses der Pflegekammer NRW.

Alle bestehenden nach der bisherigen WBVO zugelassenen Weiterbildungsstätten genießen bis Ende 2026 Bestandsschutz und werden schrittweise in das neue System überführt. Insgesamt sollen bis Ende 2026 rund 50 bestehende Weiterbildungsstätten das Zulassungsverfahren durchlaufen. Domi-

nik Zergiebel, stellvertretender Bildungsausschussvorsitzender, betont: „Weiterbildung ist essenziell für eine qualitätsgesicherte Pflege. Mit der neuen Weiterbildungsordnung haben wir ein System geschaffen, das Pflegefachpersonen auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet.“

Mit dem Inkrafttreten der Weiterbildungsordnung zum 1. Januar 2024 wurde die Verantwortung vom Land offiziell auf die Pflegekammer übertragen. Die neue Weiterbildungsordnung sorgt für Transparenz, Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit. Pflegefachpersonen in NRW erhalten dadurch die Chance, ihre Qualifikationen gezielt weiterzuentwickeln und die Versorgung auf höchstem Niveau zu sichern.

Die Kammer wird zukünftig weitere Weiterbildungen zertifizieren, die entsprechenden Nachweise ausstellen und auch ein Register führen.

pflegekammer-nrw.de

Anti-Gewaltprojekte in der Pflege gesucht

(Schwerin) Gewalt in der Pflege hat viele Facetten. Um Übergriffen gegen Pflegebedürftige und Pflegenden vorzubeugen, sucht der Landespräventionsrat Mecklenburg-Vorpommern innovative Projekte zur Gewaltprävention in der Pflege. Innenminister Christian Pegel betonte zum Start der Ausschreibung die Wichtigkeit, Anzeichen von Gewalt zu erkennen und Schutzmaßnahmen zu

ergreifen. Sozialministerin Stefanie Drese verwies darauf, dass Gewalt sowohl Pflegebedürftige als auch Pflegenden treffen kann. Studien zeigen, dass 90 Prozent der Pflegekräfte innerhalb eines Jahres Gewalt erlebt haben, während 70 Prozent angaben, selbst Gewalt ausgeübt zu haben.

Der Landespräventionspreis, dotiert mit 3.500 Euro, wird alle zwei Jahre an

herausragende Initiativen verliehen. Die Preisverleihung findet am 3. Juli 2025 auf dem Landespräventionstag in Neubrandenburg statt.

Vorschläge können bis zum 25. April 2025 per E-Mail an lfk@kriminalpraevention-mv.de eingereicht werden.

kriminalpraevention-mv.de

Digitalisierung: 140 Millionen Euro für Forschungsprojekt

(Halle/Saale) Die Strukturwandelregion Mitteldeutsches Revier in Sachsen-Anhalt soll Modellregion für eine zukunftsweisende Gesundheitsversorgung werden. Mit der „Innovationsregion für die digitale Transformation von Pflege und Gesundheitsversorgung“ (TPG) wird ein entscheidender Zugang

in eine hochwertige medizinische Versorgung geschaffen. Prof. Patrick Jahn von der Universitätsmedizin Halle leitet das TPG-Projekt, das auf neun Jahre angelegt ist. Ziel ist es, digitale Lösungen zu entwickeln, die Pflegebedürftige und Pflegenden unterstützen. Beispiele sind Drohnen zur Medikamentenliefere-

rung und KI-gestützte Pflegeroboter. Das Forschungsprojekt wird bis 2033 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit rund 140 Millionen Euro unterstützt.

umh.de

Erfolgreiche Fortbildung Wundmanagement in der Palliativmedizin

(Ilfeld) Unter dem Leitsatz „Den Tagen mehr Leben geben“ fand am 26. Februar 2025 in der Neanderklinik Harzwald eine erfolgreiche Fortbildung zum Thema Wundmanagement im Kontext der Palliativmedizin statt. Veranstaltet vom Deutschen Pflegeverband (DPV) bot der Fachtag wertvolle Einblicke in die besonderen Herausforderungen der Wundversorgung bei unheilbaren Wunden und exulzierenden Tumoren.

Veronika Gerber, freie Referentin für Schulung und Beratung im Wundmanagement sowie Vorstandsvorsitzende der Initiative Chronische Wunden e.V., leitete den Thementag. In praxisnahen Vorträgen und Fallbesprechungen vermittelte sie innovative Versorgungsstrategien, die sowohl das Wohlbefinden der Patient*innen als auch die Entlastung des Pflegepersonals im Blick hatten.

Die Teilnehmer erhielten fundierte Informationen über Wundversorgung am Lebensende und palliative Strategien, Herausforderungen und alternative Versorgungswege, Besonderheiten bei exulzierenden Tumoren sowie Fallbeispiele aus der täglichen Praxis.

Ein zentrales Anliegen der Veranstaltung war es, Pflegefachpersonen für die besondere Bedeutung der Wundversorgung in der Palliativmedizin zu sensibilisieren und ihnen praxisorientierte Lösungen an die Hand zu geben. „Die richtige Versorgung kann Patient*innen

ein möglichst selbstbestimmtes Leben ermöglichen und die Lebensqualität entscheidend verbessern“, betonte Veronika Gerber.

Die positive Resonanz der Teilnehmenden unterstreicht die Relevanz des Themas. Der Deutsche Pflegeverband bedankt sich bei allen Beteiligten für den gelungenen Austausch und freut sich auf weitere Veranstaltungen zur Förderung der pflegerischen Kompetenz. Silvia Böhme, Mitglied des DPV e.V. und Leiterin der Akademie für Gesundheitsberufe der Neanderklinik Harzwald GmbH, moderierte die Veranstaltung.

dpv-online.de

Aus den Bundesländern

Hamburg: Der Hamburger Pflegerat hatte zum Politiktalk 2025 – Hamburg wählt am 13. Februar 2025 in der HAW Hamburg eingeladen. Das Thema war die Versorgungssicherheit im Gesundheitswesen in der Metropolregion Hamburg.

Hessen: Am 24. Januar 2025 fand die Fachgruppensitzung Altenhilfe der Parität Hessen in Frankfurt am Main statt, eine weitere am 1. April 2025 in Kassel.

Nordrhein-Westfalen: Der Pflegerat NRW veröffentlichte eine Stellungnahme „Zur strukturellen Qualität der Pflegeausbildung in NRW“. Damit unterstützt der Pflegerat die Forderungen des Bundesverbandes Lehrende Gesundheits- und Sozialberufe (BLGS) vom 23. November 2024. Danach seien die Qualitätsstandards der Pflegeausbildung in NRW besorgniserregend und die Pflegeausbildung nicht zukunftsfähig.

Saarland: Die Mitgliederversammlung des Landespflegerates Saarland fand am 20. Februar 2025 statt.

Thüringen: Am 20. Februar 2025 fand die Sitzung des Landespflegerates (LPR) statt, am 11. Februar 2025 die erste Grundsatzausschusssitzung des MD. Der LPR Thüringen war durch Martina Röder vertreten. Die erste Sitzung des MD-Verwaltungsrates war am 2. April 2025, auch dort nahm der LPR teil.

Jubilare April 2025

40 Jahre

Dorothea Hilfenhaus, Freigericht
Sabine Pfeiffer-Brill, Berkatal

30 Jahre

Astrid Hammer, Sprendlingen
Birgit Stienen, Kerken
Karen Neumann, Frankfurt

20 Jahre

Cornelia Hartlapp, Niederau
Peter Schoen, Winseln
Annette Abel, Puderbach

10 Jahre

Bianka Pitzschel-Karig, Borsdorf
Carsten Drude, Münster
Marion Giebel, Lindenfels
Annette Abendroth, Nackenheim
Katrin Müller, Harztor



Wir bedanken uns für Ihre Treue!

© [M] Nelos / fotolia.com

Bianka Meyer, Nordhausen
Carmen Bornemann, Harztor
Dennis Persch, Kassel
Gudrun Dernst-Kroell, Kasbach-Ohlenberg
Denise Schmidt, Weiterstadt

DPV

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Hauptgeschäftsstelle
Mittelstraße 1
56564 Neuwied
Tel.: 0 26 31/83 88-22
Fax: 0 26 31/83 88-20
info@dpv-online.de
www.dpv-online.de



Interessantes und Aktuelles speziell für unsere Mitglieder – Zugriff über:
User: **Mitglied**
Kennwort: Pflegeleistung
Über Ihre Mitarbeit und/oder Anregungen freuen wir uns.

 facebook.com/pflegeverband
 Instagram.com/dpv_nextgen/

Gemeinsam sind wir stark!

DPV – Kompetenz und Leistungen, die auch Kolleginnen und Kollegen überzeugen!

Fordern Sie Infomaterial an!

DPV Service-Point Baden-Württemberg

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Sabine Hindrichs
Service-Point Leiterin
hindrichs.servicepoint-bawue@dpv-online.de

DPV Service-Point Bayern

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
info@dpv-online.de

DPV-Hauptstadtbüro Berlin DPV Service-Point Berlin-Brandenburg

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
info@dpv-online.de

DPV Service-Point Hessen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Karl Heinz Heller
Service-Point Leiter
heller.servicepoint-he@dpv-online.de

DPV Service-Point Nord Hamburg/Schleswig-Holstein

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Birgit Andrea Schmidt
Service-Point Leiterin
schmidt.servicepoint-hh.sh@dpv-online.de

DPV Service-Point Bremen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
info@dpv-online.de

DPV Service-Point Niedersachsen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Iris Meyenburg-Altward
Service-Point-Leiterin
m.altward.servicepoint-ni@dpv-online.de

DPV Service-Point Nordost Thüringen, Sachsen-Anhalt

Martina Röder
Service-Point Leiterin, Geschäftsführerin
des Deutschen Pflegeverbandes e.V.
roeder.servicepoint-th.sa@dpv-online.de

DPV Service-Point Sachsen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Sandra Meyer
Service-Point Leiterin
meyer.servicepoint-sa@dpv-online.de

DPV Service-Point Nordrhein-Westfalen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Stephan Kreuels
Service-Point Leiter
kreuels@juslink.de

DPV Service-Point Rheinland- Pfalz

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Nina Benz
Service-Point Leiterin
benz.servicepoint-rlp@dpv-online.de

DPV Service-Point Saarland

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
info@dpv-online.de



Impressum

Herausgeber

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Ivonne Rammoser (V.i.S.d.P.)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
Tel.: 02631/8388-22
Fax: 02631/8388-20
info@dpv-online.de
www.dpv-online.de

PflegeKonkret

– Die Mitgliederzeitschrift des DPV
erscheint in Kooperation mit
HEILBERUFE
www.springerpflege.de
Verlag
Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3
14197 Berlin

Druck

Druckpress GmbH
Hamburger Straße 12
69181 Leimen